

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

13.04.2023

# Inhalt

## EWN

1   <b>„Nicht sofort mit dem Rückbau beginnen“: FDP-Fraktionschef pocht auf AKW-Reserve</b> <i>Ostsee-Zeitung.de, 11.04.2023</i> .....	3
2   <b>Lubmin: Krach durch LNG-Terminal nervt weiter</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 13.04.2023</i> .....	4
3   <b>Ringeln um Atomkraft bis zur letzten Minute</b> <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 13.04.2023</i> .....	5
4   <b>Wohin mit dem Atommüll? Deutschlands schwierige Endlagersuche</b> <i>Ostsee-Zeitung.de, 13.04.2023</i> .....	7
5   <b>RWE bestätigt Aus für Kernkraftwerk Emsland</b> <i>Spiegel.de, 12.04.2023</i> .....	9

 Ostsee-Zeitung.de | 11.04.2023 dpa WEBLINK

## „Nicht sofort mit dem Rückbau beginnen“: FDP-Fraktionschef pocht auf AKW-Reserve

*Am Samstag soll mit der Kernenergie in Deutschland Schluss sein - für immer. FDP-Fraktionschef Christian Dürr will jetzt allerdings doch noch eine Hintertür für einen Weiterbetrieb offen halten.*

**Berlin.** Wenige Tage vor der Abschaltung der letzten drei deutschen Atomkraftwerke dringt die FDP darauf, diese noch in Reserve zu halten und nicht sofort zurückzubauen. „Lasst uns doch mindestens nicht sofort mit dem Rückbau beginnen, sondern diese Reserve zumindest erhalten“, sagte FDP-Fraktionschef Christian Dürr am Dienstagabend in den ARD-„Tagesthemmen“. Zwar sei die Situation bei der Energieversorgung längst nicht so dramatisch wie im vergangenen Herbst oder Winter, räumte Dürr ein. Eine dramatische Situation könne aber wiederkommen. „Lasst uns lieber die Option aufrechterhalten, damit wir nicht erneut unter Umständen vor einer Wand stehen, wenn wir dann keine Option mehr zur Verfügung haben“, appellierte Dürr an die Koalitionspartner.

Der FDP-Politiker betonte zugleich, derzeit gewährleisteten Kohlekraftwerke die Grundlast der Stromversorgung, weil die erneuerbaren Energien noch nicht so weit seien. Das sei klimapolitisch nicht sinnvoll. Daher sollte es eine AKW-Reserve geben im Sinne von: „Man kann sie wieder anwerfen, wenn es denn zu einer schwierigen Situation kommt.“

Am Samstag sollen die drei verbliebenen Kernkraftwerke in Deutschland endgültig vom Netz gehen. Eigentlich sollte dies schon Ende vergangenen Jahres passieren. Wegen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und der dadurch ausgelösten Energiekrise beschloss die Ampel-Koalition im vergangenen Jahr jedoch, die Meiler über den Winter noch weiterlaufen zu lassen.

Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 13.04.2023 | S. 15

Auflage: 26.542 | Reichweite: 70.189

Martina Rathke

## GRENZWERTE ÜBERSCHRITTEN

# Lubmin: Krach durch LNG-Terminal nervt weiter

**Das LNG-Terminal in Lubmin macht weiter Krach. Trotz lärmindernder Maßnahmen werden in Nachtstunden immer wieder mal Grenzwerte überschritten. Die Einwohner von Spandowerhagen erwarten, dass Zusagen eingehalten werden. Bahnt sich ein Interessenskonflikt mit Rügen an?**

Trotz angekündigter Maßnahmen zur Lärminderung brummt es weiter bei Lubmin: Die Deutsche Regas als Betreiber des LNG-Terminals bekommt den Lärm, der von der Regasifizierungsanlage im Lubminer Hafen ausgeht, offenbar nicht richtig in den Griff. Wie aus Messprotokollen des Landesamtes für Umwelt, Natur und Geologie (LUNG) von Anfang April hervorgeht, werden die Werte mit bis zu 4 dB in einigen Nachtstunden „immer noch deutlich“ überschritten. Die Bürger der betroffenen Gemeinde Spandowerhagen, die etwa zwei Kilometer östlich des Hafens liegt, sind genervt. „Mal brummt es, mal hören wir ein auf- und abschwelliges, mal ein dauerhaftes Motorengeräusch“, sagt Einwohner Gerd Basler. „Abhängig vom Wind.“ Die Spandowerhagener erwarten, dass Minister Till Backhaus (SPD) seine im Januar gegebene Zusage einhält. „Uns wurde zugesichert, dass sich der Lärm unterhalb der Grenzwerte bewegen wird.“ Backhaus will sich am Samstag mit den Einwohnern treffen.

Die Deutsche Regas arbeitet eigenen Angaben zufolge an der Beseitigung der Geräusche, die die Anwohner vor allem in den Nachtstunden als belastend empfinden. Durch mehrfache Umstellungen an den Aggregaten habe sich die Problematik bereits sehr stark re-

duziert, sagte ein Sprecher des Anlagenbetreibers. Zusammen mit der Firma Höegh, Schiffseigner des Regasifizierungsschiffes „Neptune“, würden aktuell zusätzliche Möglichkeiten der Geräuschminimierung ermittelt. Dazu sei die finnische Firma Wärtsilä mit Messungen beauftragt worden. Ein Bericht mit Empfehlungen zum weiteren Vorgehen werde in Kürze erwartet.

Grenzwertüberschreitungen hatte das LUNG beispielsweise am 29. und 30. März registriert. Die Behörde schreibt aber auch, „dass in mehreren Nächten deutliche Verbesserungen der Lärmsituation festzustellen waren“. Teilweise sei das charakteristische Anlagengeräusch überhaupt nicht hörbar gewesen.

Die Anlage der Deutschen Regas mit dem Regasifizierungsschiff „Neptune“ ist bis 2031 genehmigt. Die Einwohner favorisieren deshalb den Bau eines Offshore-Terminals in der Ostsee und einer Pipeline, damit das Schiff aus dem Hafen verschwindet. Auf der Insel Rügen stoßen die Pläne für ein solches LNG-Terminal allerdings auf großen Widerstand, auch wenn es nicht unmittelbar vor der Küste, sondern auf hoher See errichtet werden sollte. Ein Interessenskonflikt.

## Ringens um Atomkraft bis zur letzten Minute

*Am Sonnabend soll Schluss sein mit der Nutzung der Atomenergie in Deutschland. Das ist eigentlich schon lange klar – und doch wird das Thema nun noch einmal zum Zankapfel auf der politischen Bühne.*

**Berlin.** Wenige Tage vor der Abschaltung der letzten deutschen Atomkraftwerke reißt der Unmut über die lange beschlossene Maßnahme nicht ab. Kritik kommt weiter aus der Wirtschaft, aber auch aus der FDP. Die Liberalen wollen die drei AKW zumindest in Reserve halten und nicht gleich zurückbauen. Der TÜV-Verband hält das Aus ebenfalls nicht für notwendig. Ex-Umweltminister Jürgen Trittin von den Grünen, der den ersten Atomausstieg mit verhandelt hatte, verteidigte das endgültige Ende der Atomkraft in Deutschland.

Am Sonnabend sollen die drei verbliebenen Kernkraftwerke – Isar 2 in Bayern, Emsland in Niedersachsen und Neckarwestheim 2 in Baden-Württemberg – in Deutschland endgültig vom Netz gehen. Eigentlich sollte dies schon Ende vergangenen Jahres passieren. Wegen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und der dadurch ausgelösten Energiekrise beschloss die Ampel-Koalition im vergangenen Jahr jedoch, die Meiler über den Winter noch weiterlaufen zu lassen.

### Trittin: Atomkraft ist eine Nischentechnologie

Nun soll am 15. April nach rund 60 Jahren Schluss sein mit der Nutzung der Kernenergie hierzulande. 2002 beschloss die rot-grüne Regierung ein Ende der Atomstromproduktion nach einer „Regellaufzeit“ von 32 Jahren pro Kraftwerk. Neubauten waren nicht mehr erlaubt. Acht Jahre später verlängerte die Koalition aus CDU, CSU und FDP die Laufzeiten wieder. Doch nach der Atomkatastrophe von Fukushima 2011 setzte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) den endgültigen Ausstieg durch.

Die Atomkraft habe keine Zukunft, sagte Ex-Umweltminister Trittin dem „Tagesspiegel“ gestern. Schon heute sei AKW-Strom vier- bis fünffach so teuer wie Strom aus Solar- und Windkraftanlagen. Weltweit würden nicht einmal fünf Prozent der Energie durch

Atomkraft produziert. „Atomkraft ist eine Nischentechnologie“, sagte der Umweltminister der Jahre 1998 bis 2005.

FDP-Vize Wolfgang Kubicki kritisierte den Atomausstieg hingegen scharf. „Die Abschaltung der weltweit modernsten und sichersten Atomkraftwerke in Deutschland ist ein dramatischer Irrtum, der für uns noch schmerzhaft ökonomische und ökologische Konsequenzen haben wird“, warnte Kubicki in den Zeitungen der Funke Mediengruppe gestern.

### Mittelstand befürchtet negative Auswirkungen

Die FDP wirbt nun dafür, die drei AKW zumindest noch in Reserve zu halten und nicht sofort mit dem Rückbau zu beginnen. „Man kann sie wieder anwerfen, wenn es denn zu einer schwierigen Situation kommt“, beschrieb Fraktionschef Christian Dürr in den ARD-„Tagesthemen“ diese Option. „Das ist kompletter Unsinn“, kommentierte Trittin diese Idee. Die Rechtslage würde dies nicht ermöglichen, sagte er.

Wie andere Wirtschaftsverbände hadert auch der Mittelstand mit dem Aus der Kernkraft und befürchtet negative Folgen für die Unternehmen. „Der Atomstrom war bisher relativ günstig und insbesondere der Versorgungssicherste“, sagte Markus Jerger, Vorstand des Mittelstandsverbandes BVMW den Funke-Zeitungen. Aktuell habe Deutschland weltweit die höchsten Energiepreise. „Und manche Branchen gehen deshalb auf den Knien. Einige unserer Mitglieder haben die Strompreise bereits in den Ruin getrieben“, klagte Jerger. Er mahnte, jetzt „die Versorgungssicherheit und vor allem Bezahlbarkeit von Strom im Auge zu behalten“.

### Abschaltung verteuert Strompreise für Firmen

Die Präsidentin des Wirtschaftsrates der CDU, Astrid Hamker, bezeichnete das AKW-Aus als „große Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland“. Die Abschaltung verteuere die Strompreise für die Un-

ternehmen, sagte Hamker dem Redaktionsnetzwerk Deutschland gestern. Die Bundesregierung befördere damit „die weitere Abwanderung von Know-how und den Verlust von sicheren Industriearbeitsplätzen“.

Aus Sicht des Geschäftsführers des TÜV-Verbands, Joachim Bühler, hätten die drei AKW noch „bis Ende des Jahrzehnts sicher weiterlaufen können“. „Die

Anlagen befinden sich in einem sehr guten Zustand“, stellte Bühler gestern in der „Bild“-Zeitung fest. Sie seien 1988 und 1989 in Betrieb genommen worden und für eine Betriebsdauer von mindestens 40 Jahren ausgelegt. „Aus sicherheitstechnischer Sicht könnten bei regelmäßiger Wartung und der entsprechenden Sicherheitsprüfung die drei Kernkraftwerke noch einige Jahre betrieben werden“, sagte Bühler.

📄 Ostsee-Zeitung.de | 13.04.2023

👤 Alisha Mendgen

🔗 WEBLINK

## Wohin mit dem Atommüll? Deutschlands schwierige Endlagersuche

*Am Samstag heißt es: Atomkraftwerke ade. Doch auch nach der Abschaltung der letzten drei verbliebenen Meiler bleibt eine Frage ungeklärt: Wohin mit dem hoch radioaktiven Müll?*

**Berlin.** Als im September 2020 bekannt gegeben wurde, dass in Gorleben in Niedersachsen nicht zusätzlich zum Zwischenlager noch ein Atommüll-Endlager gebaut wird, war die Freude bei Atomkraftgegnern groß. Nach all den Jahren der Proteste gegen ein Endlager in der Region hatte sich die Bewegung durchgesetzt.

In dieser Woche können die Aktivistinnen und Aktivisten nun sogar diesen zentralen Punkt von ihrer Liste streichen: Am Samstag werden die drei noch verbliebenen Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet. Dafür finden am Wochenende sogar „Abschaltefeste“ statt. Doch Atomgegnern sowie Bund und Ländern ist klar, dass mit dem Aus der Atomkraftwerke der Ausstieg aus der Hochrisikotechnologie noch nicht vollendet ist. So müssen die Betreiber die Meiler zurückbauen, und die immer noch ungelöste Endlagerfrage muss geklärt werden.

Letzteres bleibt ein schwieriges Unterfangen mit offenem Ausgang. Zwar gibt es für schwach- und mittelradioaktiven Atommüll bereits Endlager, für den hochradioaktiven Müll wird allerdings nach wie vor ein dauerhafter Standort gesucht.

CDU-Bundesvorstandsmitglied Wiebke Winter hält den Atomausstieg daher für dringend notwendig. „Die Endlagerfrage ist in Deutschland weiterhin ungeklärt. Diese Frage belastet meine und nächste Generationen noch lange“, sagt die 27-jährige CDU-Klimaexpertin dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). „Auch wenn ich kritisch betrachte, dass derzeit Kohlestrom Atomstrom vorgezogen wird, halte ich langfristig den Ausstieg aus der Atomenergie der jetzigen Generation für absolut richtig.“

### Standort muss zahlreiche Bedingungen erfüllen

Für die Festlegung eines Standorts gibt es zahlreiche Bedingungen, die aus Sicherheitsgründen erfüllt werden müssen. Im Jahr 2013 trat dafür das Standortauswahlgesetz in Kraft, das das Suchverfahren ganz neu

regelt. Darin heißt es etwa, dass für die Einlagerung nur bestimmte Gesteine wie Steinsalz, Tongestein und Kristallingestein in Betracht kämen.

Verantwortlich dafür, die geeignete Region zu finden, ist die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE). Bei der Suche gibt es mehrere Phasen, die einige Jahre dauern. Zunächst werden ungeeignete Gebiete ausgeschlossen. So bleiben nur Regionen in der Auswahl, wenn sie Mindestanforderungen erfüllen und geowissenschaftliche Abwägungen bestehen, wie die Bundesgesellschaft auf ihrer Website erläutert. Für die Gebiete in der engeren Auswahl werden darauffolgend erste Sicherheitsuntersuchungen durchgeführt.

Im nächsten Schritt lassen die Experten die noch zur Auswahl stehenden Regionen umfangreich übermäßig und untermäßig untersuchen. Am Ende des Verfahrens erhält das Umweltministerium einen Standortvorschlag. Die schlussendliche Entscheidung aber trifft der Gesetzgeber.

### Proteste erneut möglich

Schwierigkeiten könnten hinzukommen, wenn es ähnlich wie in Gorleben zu Protesten kommt. Wie sehr die Frage eines Endlagers weiterhin polarisiert, zeigte beispielsweise die Entscheidung der Schweiz im vergangenen Jahr, nahe der Grenze zu Baden-Württemberg ein Endlager bauen zu wollen. Das deutsche Umweltministerium versprach eine grundlegende Prüfung der Entscheidung, Landräte in Baden-Württemberg pochten auf eine umfassende Bürgerbeteiligung. Sogar Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) schaltete sich ein und kündigte Gespräche mit den Nachbarn an. Die FDP warnte damals vor einer Überreaktion, da auch Deutschland künftig ein Endlager an der Grenze bauen könnte.

Die Festlegung eines Standorts wird laut Gesetz für das Jahr 2031 angestrebt. Noch ist das Bundesamt in der ersten Phase des Verfahrens – bislang wurden nur ers-

te Zwischenergebnisse mit infrage kommenden Regionen veröffentlicht. Das Umweltministerium erklärte bereits, dass der Zeitplan nicht einzuhalten sei: Das Verfahren könne „unter Berücksichtigung der hohen Anforderungen an die Auswahl des Standortes mit der bestmöglichen Sicherheit nicht bis zum Jahr 2031 abgeschlossen werden“, hieß es vergangenes Jahr.

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) prognostiziert die Dauer bis zur sicheren Endlagerung des bisher angefallenen hoch radioaktiven Atommülls auf mehrere Jahrzehnte. „60 Jahre ist in Deutschland Strom aus der Kernenergie erzeugt worden“, sagt der Präsident Wolfram König dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). „Bis alle dabei angefallenen Abfälle dauerhaft sicher endgelagert sind, wird es mindestens noch einmal so lange dau-

ern“, betont der Behördenchef.

Die Zeit ist knapp, die Einlagerung soll laut Gesetz schon 2050 beginnen. Findet sich nicht rechtzeitig ein Endlager, ist es möglich, dass der Betrieb der Zwischenlager verlängert werden muss. Daher fordert König auch die Betreiber auf, Anträge für eine verlängerte Lagerung einzureichen. „Die Genehmigungen für diese 16 Zwischenlager laufen nach und nach aus“, sagt er. „Neben der konsequenten Fortsetzung der Endlagersuche müssen sich die Betreiber jetzt auf den Weg machen, die Anträge mit den Sicherheitsnachweisen für eine verlängerte Zwischenlagerung meiner Behörde zur Prüfung vorzulegen.“

**„Die Endlagerfrage belastet meine und nächste Generationen noch lange.“ - Wiebke Winter, 27-jährige CDU-Klimapolitikerin**

📰 Spiegel.de | 12.04.2023 | S. 16:22 Uhr

👤 Alexander Preker, dpa

🔗 WEBLINK

## VOR ATOMAUSSTIEG AM 15. APRIL

# RWE bestätigt Aus für Kernkraftwerk Emsland

*Wenige Tage vor der Abschaltung der drei letzten deutschen Kernkraftwerke entbrennt erneut Streit über den Atomausstieg. Einer der Betreiber verweist auf die politische Entscheidung, nach der man sich richten werde.*

Der Betreiber des Kernkraftwerks Emsland in Lingen hat den Abschalttermin am Samstag fest eingeplant. »Der Ausstieg aus der Kernenergie ist eine politische Entscheidung. Entsprechend der gesetzlichen Regelungen werden wir das Kernkraftwerk Emsland am 15. April vom Netz nehmen«, sagte ein Sprecher des Essener Energiekonzerns RWE laut Nachrichtenagentur dpa angesichts der Debatte wenige Tage vor dem Abschalten der letzten Atomkraftwerke in Deutschland.

Der eigentliche Rückbau des 1988 ans Netz gegangenen Kraftwerks im Emsland werde nach der Rückbaugenehmigung beginnen, die das niedersächsische Umweltministerium erteilen muss, sagte der RWE-Sprecher. Der Antrag dafür sei bereits 2016 eingereicht worden.

RWE-Chef Markus Krebber hatte sich in den vergangenen Monaten immer wieder skeptisch zu einem Festhalten an der Atomenergie geäußert. Dem SPIEGEL sagte er, dass er die Diskussion über längere Atomlaufzeiten für falsch halte. »Das politische Kapital und die Energie, die wir auf relativ wenig Erzeugungskapazität verschwenden, sollten wir lieber in den Ausbau der Erneuerbaren oder den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft stecken«, so der Manager. »Daran hängt die Zukunft dieses Landes, nicht an der Frage, ob vier Gigawatt Kernenergie ein oder zwei oder drei Jahre länger laufen.«

### **TÜV-Chef: »Die Anlagen befinden sich in einem sehr guten Zustand«**

Am Samstag sollen die drei verbliebenen Kernkraftwerke in Deutschland – Isar 2 in Bayern, Emsland in Niedersachsen und Neckarwestheim 2 in Baden-Württemberg – endgültig vom Netz gehen. Eigentlich sollte dies schon Ende vergangenen Jahres passieren. Wegen des russischen Angriffskrieges gegen die

Ukraine und der dadurch ausgelösten Energiekrise beschloss die Ampelkoalition im vergangenen Jahr jedoch, die Meiler über den Winter noch weiterlaufen zu lassen.

Die FDP hat nun dafür geworben, die drei AKW zumindest noch in Reserve zu halten und nicht sofort mit dem Rückbau zu beginnen. Auch Wirtschaftsverbände sowie der Mittelstand hadern mit dem Aus für die Kernkraft. Sie befürchten negative Folgen für die Unternehmen.

Aus Sicht des Geschäftsführers des TÜV-Verbands, Joachim Bühler, hätten die drei AKW noch bis Ende des Jahrzehnts sicher weiterlaufen können. »Die Anlagen befinden sich in einem sehr guten Zustand«, sagte er der »Bild«-Zeitung. Sie seien 1988 und 1989 in Betrieb genommen worden und für eine Betriebsdauer von mindestens 40 Jahren ausgelegt. »Aus sicherheitstechnischer Sicht könnten bei regelmäßiger Wartung und der entsprechenden Sicherheitsprüfung die drei Kernkraftwerke noch einige Jahre betrieben werden.«

Ex-Umweltminister Jürgen Trittin von den Grünen, der den ersten Atomausstieg mitverhandelt hatte, verteidigte hingegen das endgültige Ende der Atomkraft in Deutschland. Sie habe keine Zukunft, sagte er dem »Tagesspiegel«. Schon heute sei AKW-Strom vier- bis fünffach so teuer wie Strom aus Solar- und Windkraftanlagen.

FDP-Vize Wolfgang Kubicki kritisierte den Atomausstieg hingegen scharf. »Die Abschaltung der weltweit modernsten und sichersten Atomkraftwerke in Deutschland ist ein dramatischer Irrtum, der für uns noch schmerzhaft ökonomische und ökologische Konsequenzen haben wird«, warnte Kubicki in den Zeitungen der Funke Mediengruppe.

»Der Atomstrom war bisher relativ günstig und insbesondere der versorgungssicherste«, sagte Markus Jerger, Vorstand des Mittelstandsverbandes BVMW, den Funke-Zeitungen. Aktuell habe Deutschland weltweit die höchsten Energiepreise. »Und manche Branchen gehen deshalb auf den Knien. Einige unserer Mitglie-

der haben die Strompreise bereits in den Ruin getrieben.«

Am 15. April soll damit hierzulande nach rund 60 Jahren die Ära der Nutzung der Kernkraft zur Stromerzeugung enden.